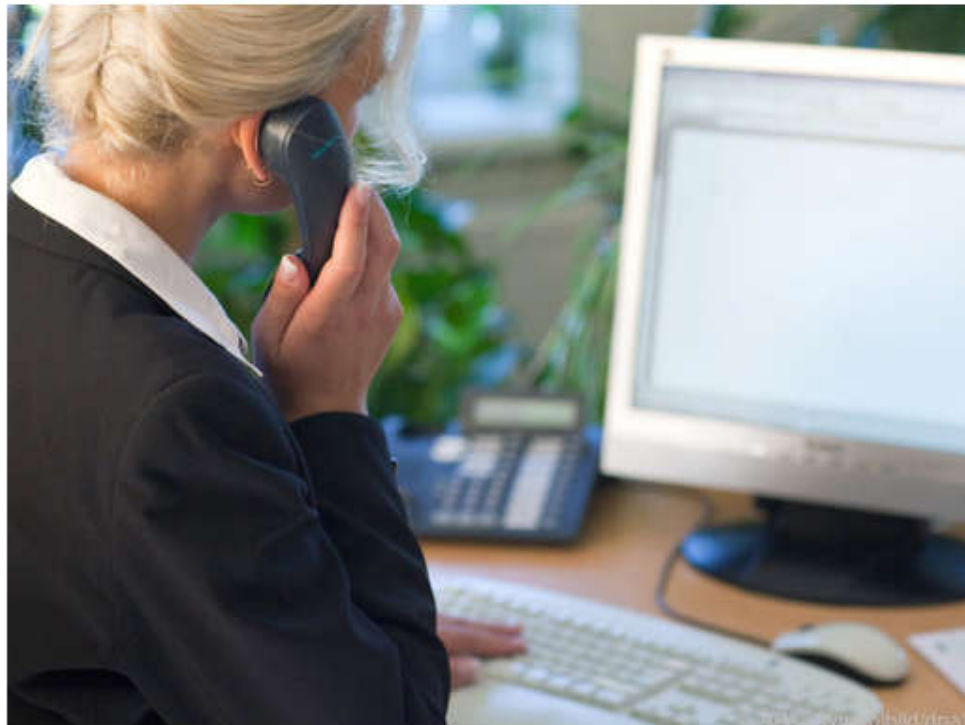


Vorschau AFI-Barometer Sommer 2019

Pläne der Landesregierung gefallen

Dienstag, 09. Juli 2019 | 12:53 Uhr



Dauersitzen ist Gift für unsere Gesundheit. APA/APA (Symbolbild/dpa)/Patrick Pleul

[Schriftgröße](#)

Bozen – Eine stärkere Differenzierung beim regionalen IRPEF-Zuschlag sowie bei der Gemeindeimmobiliensteuer GIS: Vor allem die erste Maßnahmenkombination findet Anklang bei Südtirols Arbeitnehmern. Die Pläne von Landeshauptmann Arno Kompatscher müssen am Ende auch kein Verlustgeschäft für die öffentlichen Kassen sein, so das AFI.

„Ein Tweet von Landeshauptmann Arno Kompatscher gab den Anstoß für das Sonderthema der Sommer-Edition des AFI-Barometers“, schickt Direktor Stefan Perini voraus. Ein Maßnahmenpaket der Landesregierung mit dem Arbeitstitel 'Pakt für Südtirol' soll den Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit ebnen. Die Südtiroler Landesregierung möchte die Gemeindesteuer GIS auf Wohnungen senken, welche zum Landesmietzins an Ansässige vermietet werden. Höher besteuert werden sollen dagegen das Vermieten an Nicht-Ansässige sowie leerstehende Immobilien. Beim regionalen IRPEF-Zuschlag will die Landesregierung den Steuerabzug – auch als „No-tax-Area“ bekannt – von 28.000 auf 33.500 Euro anheben und im Gegenzug einen höheren Hebesatz auf Einkommen über 85.000 Euro ansetzen. Drittens soll die Reduzierung der Unternehmenssteuer IRAP an eine angemessene Entlohnung der Arbeiter und Angestellten gekoppelt werden. Die ersten beiden geplanten Maßnahmen hat das AFI eins zu eins in seine Umfrage aufgenommen und sie von den Südtiroler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kritisch bewerten lassen.

Differenzierter regionaler IRPEF-Zuschlag kommt sehr gut an

Fragt man die Maßnahmen getrennt ab, so befürworten 74 Prozent der Südtiroler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Anhebung des IRPEF-Steuerabzugs von 28.000 Euro auf 33.500 Euro. 69 Prozent sind für die Anhebung des regionalen IRPEF-Zuschlags für Einkommen über 85.000 Euro. Die beiden Maßnahmen überzeugen die Südtiroler Arbeitnehmer auch in ihrer Kombination betrachtet: knapp sechs von zehn Arbeitnehmern sprechen sich mit Überzeugung für die kombinierte Variante aus.

Relativ hohe Zustimmung für Differenzierung der GIS

Nicht ganz so deutlich wie beim IRPEF-Zuschlag, aber immer noch mehrheitlich ist die Zustimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für eine stärkere Differenzierung bei der Gemeindeimmobiliensteuer GIS. 58% der Befragten befürworten die Absenkung der GIS für zum Landesmietzins an Ansässige vermietete Wohnungen. 56 Prozent sind für die Anhebung der GIS für Wohnungen, die an nicht Ansässige vermietet werden. Die Maßnahme im Doppelpack überzeugt diesmal nur mehr knapp vier von zehn Arbeitnehmern. „Zurückzuführen ist das unter anderem auch darauf, dass auch Arbeitnehmer vielfach Zweiwohnungen besitzen und dass sich die Auflage der Vermietung zum Landesmietzins zu ihrem wirtschaftlichen Nachteil erwachsen könnte“, schlussfolgert AFI-Forscher Friedl Brancalion. Des Weiteren gibt der AFI-Forscher zu überlegen, ob das Kriterium der ganzjährigen Ansässigkeit nachprüfbar bzw. ob dieses in Zeiten verstärkter beruflicher Mobilität noch zeitgemäß sei.